



Dienstag, 31. Oktober 2017, 23:14 Uhr
~16 Minuten Lesezeit

Rechtsruck in Deutschland

Teil 5: Die wichtigste Grundlage destruktiver sozialer Systeme.

von Andreas Peglau
Foto: Poul Riishede/Shutterstock.com

In Teil 5 seiner Beitragsserie korrigiert der Psychologe und Psychotherapeut Andreas Peglau unter anderem

das gängige Fehltriteil, das DDR-System habe die Herausbildung „rechten“ Potentials gleichermaßen begünstigt wie das BRD-System oder dieses Potential sogar in noch stärkerem Maße entstehen lassen. Erneut unter Rückgriff auf den „linken“ Psychoanalytiker Wilhelm Reich zieht Peglau den Schluss: Keine destruktive Gesellschaft ohne destruktive Menschen!

Redaktionelle Vorbemerkung: Die Analyse von Andreas Peglau zum Rechtsruck in Deutschland erscheint als Sechsteiler: Teil 1 (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-1-6>“), **Teil 2** (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-2-6>“), **Teil 3** (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-3-6>“), **Teil 4** (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-4-6>“), **Teil 5** (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-5-6>“) **und Teil 6** (<https://www.rubikon.news/artikel/rechtsruck-in-deutschland-6-6>“).

Als Wilhelm Reich 1946, nun in den USA lebend, die weitgehend überarbeitete dritte Auflage seiner Massenpsychologie des Faschismus herausbrachte, konnte er neue Erkenntnisse ergänzen. Die menschliche Charakterstruktur, so schrieb er, bestünde aus drei Schichten: „In der oberflächlichen Schichte seines Wesens ist der durchschnittliche Mensch verhalten, höflich, mitleidig,

pflichtbewußt, gewissenhaft.“ Es folge eine „mittlere Charakterschichte, die sich durchweg aus grausamen, sadistischen, sexuell lüsternen, raubgierigen und neidischen Impulsen zusammensetzt“. Darunter schließlich sei der „biologische Kern“ verborgen, der dem Menschen ermögliche, „ein unter günstigen sozialen Umständen ehrliches, arbeitsames, kooperatives, liebendes, oder, wenn begründet, rational hassendes Tier“ zu sein(1) – die Basis dessen, was er „Selbstregulations“-Fähigkeit nannte. Schon Pflanzen haben ja eine Art inneren Bau- und Entwicklungsplan, „wissen“, was nötig ist, um ihn zu erfüllen: Licht, Wasser, Nährstoffe usw.(2) Menschen kommen diesbezüglich mit einem noch weit ausgefeilteren inneren „Kompass“ auf die Welt, spüren, was sie brauchen: nicht zuletzt Zärtlichkeit, Kontakt, Kommunikation, angemessenen Gefühlsausdruck, andere Menschen. Ein „asozialer“ Säugling wäre nicht lebensfähig.

Woran liegt es, wenn dieses prosoziale Potential sich nicht entfaltet?

An dem, was viele als „ganz normale Erziehung“ bezeichnen dürften. Kinder sind in keiner Weise weniger wert als Erwachsene, haben aber im Vergleich zu Letzteren kaum Möglichkeiten, über ihre Lebensumstände selbst zu bestimmen. In einer Welt, die hochgradig von neurotisierten Erwachsenen gestaltet wird, ist daher für die Entfaltung gesunder Kinder wenig Platz. Autoritär strukturierte Erzieherinnen und Erzieher suchen zumal immer wen, der weit genug „unten“ ist, um gefahrlos „getreten“ werden zu können. Kinder sind so gesehen immer „unten“. Die sich daraus für sie ergebenden Leiden und Entbehrungen, ihre vielfach unzureichend befriedigten Bedürfnisse verursachen Trauer, Schmerz und Wut – die in aller Regel gegenüber den Erziehungspersonen nicht adäquat zum Ausdruck gebracht werden dürfen. Sie stauen sich daher an, bis sie destruktive Ausmaße annehmen: Das von Reich „mittlere Charakterschicht“ genannte Phänomen mit seinen sadistischen Impulsen entsteht – und wird in auf Ausbeutung beruhenden

Wirtschaftssystemen später durch Erniedrigungen in der Arbeitssphäre verstärkt.

Da auch solcherart angestaute Gefühle offiziell zumeist nicht ausgelebt werden dürfen, werden sie verborgen hinter einer Fassade sozialer Anpasstheit, Höflichkeit und Nettigkeit. So pflanzt sich auch in der nächsten Generation der von Reich beschriebene, nach oben buckelnde, nach unten tretende autoritäre Charakter fort. Und diese Art seelischer Gestörtheit hat im Gegensatz zum meisten, was als „neurotisch“ in medizinischen Diagnoseverzeichnissen auftaucht, von Platzangst bis depressiver Episode, höchst bedenkliche Konsequenzen für das gesamte Sozialgefüge. Nicht zuletzt, weil die destruktiven Emotionen bei gegebenem Anlass jederzeit aus ihrem Versteck hervorbrechen können – dies umso leichter, wenn als Zielobjekte dafür sozial Schwächere zur Verfügung stehen.

Mit diesem Menschenbild ist auch der grundsätzliche Mechanismus skizziert, wie laut Reich gesunde Kinder neurotisiert und zu psychosozialen Zeitbomben gemacht werden – und damit auch zu potentiellen Rechtsextremisten. Denn je destruktiver Menschen werden, desto verwendbarer sind sie für destruktive Zwecke, ob diese nun mit nationalistischen, neofaschistischen, fundamentalistischen, imperialistischen, umweltzerstörerischen, kinder-, frauen-, homosexuellen- oder ausländerfeindlichen Ideologien verbrämt werden. Wird der explosiven Wut ein Ventil geboten, sind die Gesinnungen austauschbar: Terror und Mord lassen sich ebenso mit dem Alibi „rechter“ wie „linker“ Weltanschauung verüben, zur Ehre Gottes, zum Heile Allahs, zugunsten einer Öko-Diktatur oder als Bestandteil westlicher neoliberaler Weltbeglückung.

Dies Grundannahme stand auch dahinter, als Reich schrieb, seit Entstehung des Patriarchats werde die Gesellschaft geprägt durch jene, den „Kern“ überlagernde, destruktive Charakterschicht. Auch

die „schändlichen Exzesse der kapitalistischen Ära der letzten 300 Jahre (Raub-Imperialismus, Rechtlosigkeit der Werktätigen, Rassenunterdrückung etc.)“ wären „nicht möglich gewesen ohne die autoritätssüchtige, freiheitsunfähige, mystische Struktur der Millionenmassen, die dies alles erduldet haben“.(3) Diese Struktur „schafft die faschistischen Parteien und nicht umgekehrt“.(4)

Hätten die Bürgerinnen und Bürger des wilhelminischen Deutschlands und der Weimarer Republik also bei ihrer Geburt Bedingungen vorgefunden, die ihnen erlaubten, ihr gesundes Potential ungehindert zu entfalten, wäre es nicht zum Nationalsozialismus gekommen. Erst die autoritäre, gefühls- und sexualitätsunterdrückende Sozialisation machte aus psychisch vergleichsweise noch recht gesunden Säuglingen zahme Untertanen, Rassisten und zerstörungswillige Fanatiker.

Beantwortet das schon die Frage, wie es zu Entstehung und Erfolg des Nationalsozialismus kam? Nein.

Gerade weil diese Art von Sozialisation so alt ist wie das Patriarchat und die letzten Jahrtausende nicht durchweg faschistoide Staatssysteme hervorbrachten, genügt sie nicht als Begründung für deren Zustandekommen. Diese Sozialisation allein macht noch keinen Faschismus, jeder monokausale Erklärungsversuch schlägt auch hier fehl.

Das, was vor 1933 alles hinzukam, lässt sich in diversen geschichts- und sozialwissenschaftlichen Büchern nachlesen. Um nur einige dieser Faktoren zu benennen: Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Antikommunismus, das imperiale Streben Deutschlands, Grundwidersprüche des Kapitalismus, die Ergebnisse des ersten Weltkrieges, Wirtschaftskrisen, Inflation und das Versagen „linker“ und demokratischer Kräfte.

Nichts davon hätte jedoch zum Faschismus geführt, wenn dafür

nicht auch die psychosoziale Grundlage in Form massenhafter destruktiver Charakterstrukturen vorhanden gewesen wäre. Autoritär-gefühlsunterdrückende Sozialisation ist also zwar keine hinreichende Bedingung für faschistische Entartungen, aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

Wir haben es hier daher mit der vermutlich wichtigsten Bedingung für das Zustandekommen faschistoider, destruktiver sozialer Systeme zu tun. Könnten wir dafür sorgen, dass diese Art von Sozialisation nicht mehr stattfindet, gäbe es auch diese Systeme nicht mehr. Psychisch gesunde Menschen wollen und ertragen keine Unterdrückung, erst recht nicht, wenn sie so brutal ausgeübt wird wie im Faschismus. Kein destruktives soziales System ohne destruktive Menschen!

Die aktuellen „Rechts“-Trends in Deutschland, Europa und wohl auch in den USA lassen sich meines Erachtens auf folgenden Nenner bringen: Der immer aggressiver agierende neoliberale Kapitalismus reißt die ohnehin dünnen Wände ein, hinter denen das nie verstandene geschweige denn ausgeheilte massenhafte Destruktionspotential lauerte.⁽⁵⁾ Für Deutschland will ich versuchen, diese Entwicklung mit ihrem geschichtlichen Hintergrund zu verknüpfen.

Die seelischen Deformationen, die Faschismus und Krieg hinterließen, wurden nach 1945 niemals wirklich aufgearbeitet, die alten charakterlichen Prägungen in Ost wie West nur abgeschwächt weitergegeben. Auch das Ende des „realen Sozialismus“ führte nicht dazu, die Vergangenheitsaufarbeitung nachzuholen. Im Gegenteil: Unter der einseitigen Verteufelung der DDR und der ebenso einseitigen Idealisierung der BRD⁽⁶⁾ versank die Realität noch tiefer. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems dürfte das weitgehend in der Ost-West-Systemkonfrontation gebundene Destruktionspotential durch eine damals noch glaubwürdiger erscheinende westliche Demokratie, durch den relativ hohen, für

viele relativ sicher zu erlangenden Wohlstand und durch Hoffnungen auf positive Entwicklungen am Ausbruch gehindert worden sein.

Doch die Hoffnungen wurden enttäuscht. Seit 1990 nahm die Kriegsgefahr nicht ab sondern zu. Kriege fanden und finden inzwischen sogar „vor der Haustür“ statt. Der Wohlstand war, wie sich erwies, nur ein Pflaster auf einer weiter schwärenden Wunde. Armut und Existenzunsicherheit der Massen stiegen zusammen mit den Profiten und der Arroganz der Reichen und Mächtigen. Dass Letztere tatsächlich weitgehend darüber entscheiden, in welchem Umfang es in der Bundesrepublik demokratisch zugehen darf, wurde überdeutlich. So protestierten 2014 breite Bevölkerungskreise vergeblich dagegen, dass Russland einmal mehr zur Zielscheibe deutscher Kriegshetze wurde.⁽⁷⁾ Seit 2016 ziehen die Regierenden sämtliche Register, um die demokratie-, ökologie- und gesundheitsfeindlichen Wirtschaftsabkommen CETA und TTIP gegen den erklärten Willen der Volksmehrheit⁽⁸⁾ durchzudrücken. Seit 2015 lässt sich die Schuld für die durch all das ausgelösten Negativtrends auf Flüchtlinge projizieren. So kam es zur erneuten Konjunktur „rechter“ Ideologien.

Aufschlussreiche Vergleiche: DDR und BRD

Den Vorgang eines allmählichen Hineinkippens in „rechte“ Haltungen weist auch die Auswertung von Befragungsergebnissen nach, die der Politikwissenschaftler Richard Stöss vorgenommen hat.

Die erste von ihm referierte Befragung kam 1992 zu folgendem Ergebnis: Der „Anteil der Ostdeutschen, der sich antisemitisch, rechtsradikal oder ausländerfeindlich äußert“, war „geringer als der

entsprechende Anteil der Westdeutschen. Die Bundesbürger/innen im Osten nehmen die Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit für die Gegenwart ernster.“ Antisemitisch Eingestellte machten in Deutschland zu diesem Zeitpunkt insgesamt 13% aus. Unter den etwa 64 Millionen Westdeutschen erwiesen sich 16% als Antisemiten, unter den etwa 16 Millionen Ostdeutschen nur 4%. Das Magazin Spiegel kommentierte, „die meisten früheren DDR-Bürger [haben sich] eine Aversion gegen das NS-Regime bewahrt“. Werner Bergman und Rainer Erb vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ergänzten: „Auch der Antifaschismus war in der DDR verordnet, aber er entsprach bei vielen der eigenen Überzeugung.“(9) Wird etwas zur eigenen Überzeugung, ist es allerdings nicht mehr nur „verordnet“. Daher kann es weiterexistieren, wenn das verordnende System verschwunden ist.

Dass dem auch in Bezug auf die antifaschistischen Einstellungen der DDR-Bürgerinnen- und Bürger so war, unterstrich 1994 eine forsa-Umfrage: „Mit einem verbreiteten Klischee räumt diese Untersuchung auf: dass nämlich der verordnete Antifaschismus der DDR ins Gegenteil umgeschlagen sei, nachdem die Ostdeutschen auf die Wildbahn der freien Meinung entlassen wurden. Die Befragten aus den neuen Bundesländern zeigen durchgehend eine klarere, kundigere und ablehnendere Haltung zum Nationalsozialismus.“(10) Etwa zeitgleich kam der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter zum Ergebnis, „das rechtsextremistische Einstellungspotenzial im Frühjahr 1994 im Westen“ sei „mehr als doppelt so groß wie im Osten.“ Das, so Richard Stöss, „dürfte generell für die erste Hälfte der neunziger Jahre gegolten haben.“(11) Erst 1998 stellte eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung fest, „dass rechtsextremistische Einstellungen im Osten häufiger anzutreffen waren als im Westen: Für die Bundesrepublik insgesamt wurde ein Potenzial von 13% gemessen, für Westdeutschland 12% und für Ostdeutschland 17%.“(12)

Zu ergänzen ist hier etwas, was hinter den Prozentzahlen verloren zu gehen droht. Da in den alten Bundesländern ca. viermal so viel Menschen leben wie in den neuen – wobei Letzteren meist auch noch die Berliner Bevölkerung in Gänze zugeschlagen wird – standen also 1998 knapp 7,7 Millionen Rechtsextreme im westlichen Landesteil etwa 2,7 Millionen im Ostteil gegenüber. Daran, dass im Westen weitaus mehr „Rechte“ leben als im Osten, dass von der ehemaligen BRD-Bevölkerung und ihren Nachfahren ein weitaus größeres rechtsextremes Bedrohungspotential ausgeht, als von der ehemaligen DDR-Bevölkerung und deren Nachkömmlingen, hat sich zu keinem Zeitpunkt etwas geändert. Und, wie schon erwähnt: Seit 2016 ist zu verzeichnen, dass sich „Ost- und Westdeutsche [...] im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen kaum voneinander“ unterschieden.⁽¹³⁾ Das rein prozentuale Übergewicht, das die Bewohnerinnen und Bewohner des Ostteils diesbezüglich hatten, existierte also womöglich nur 18 Jahre lang, von 1998 bis 2016.

Wie lässt sich der Umschwung in den Einstellungen der Neubundesbürgerinnen- und -bürger in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erklären? Richard Stöss verweist auf etwas, was in jüngster Zeit auch durch die **Aktivitäten der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping** (<http://plus.faz.net/politik/2017-08-05/d257cc131f51e76236b31d7a7f32d714/>) wieder mehr in die Diskussion gekommen ist: die sich ändernden „gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen“ im angeschlossenen Osten Deutschlands:

„Die Ostdeutschen hatten den Prozess der inneren Einheit zunächst wesentlich optimistischer betrachtet als die Westdeutschen. Noch 1994 glaubte knapp die Hälfte der neuen Bundesbürger, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern würden, in Westdeutschland vertraten nur 33% diese Auffassung. Drei Jahre später, 1997, war der Anteil an Optimisten im Osten auf 14% abgeschmolzen und hatte damit West-Niveau (13%) erreicht. [...]

Der OstWestUnterschied bestand mithin darin, dass die Ernüchterung hinsichtlich der Einigungsfolgen in den neuen Bundesländern wesentlich dramatischer ausgefallen war als in den alten.“(14)

Davor, dass die Gefahr einer so begründeten destruktiven Entwicklung bestand, war freilich, mit Erkenntnissen Wilhelm Reichs im Hintergrund, schon vor der deutschen „Wiedervereinigung“ mehrfach durch den ostdeutschen Psychotherapeuten Hans-Joachim Maaz gewarnt worden. Am Vorabend jener Wahl zur DDR-Volkskammer im März 1990, die letztlich den Anschluss an die BRD einläutete, führte ich für den DDR-Rundfunksender Jugendradio DT 64 ein Interview mit ihm und fragte, ob es nicht ein Risiko gebe, in Größenwahn und Deuschtümelei zurückzufallen, nun wieder als „ein Volk“ – doch mit einer weiterhin unaufgearbeiteten Vergangenheit? Hans-Joachim Maaz **antwortete** (<http://weltall-erde-ich.de/unsere-unfaehigkeit-zu-trauern/#more-111>):

„Ich sehe diese Gefahr als gegeben. Ich kann mir das so vorstellen: Wenn es so kommt, daß wir angeschlossen werden an die Bundesrepublik, dann heißt das ja, daß vierzig Jahre Leben in diesem Lande im Grunde nichts getaugt haben. Ich meine damit nicht unser politisches oder wirtschaftliches System – das hat offensichtlich wirklich nichts getaugt, aber hier haben sechzehn, siebzehn Millionen Menschen gelebt, die eben auch ein ganz persönliches Leben zu verantworten haben. Es geht also, denke ich, um die Würde des Einzelnen. Und wenn plötzlich gesagt wird, alles, was war, taugt nicht mehr, jetzt müssen wir so leben, wie es uns die Bundesrepublik vorschreibt, dann kann man schon ermessen, wieviel Kränkung, wieviel Haß und Neid, wieviel Enttäuschung das in jedem DDR-Bürger zurücklassen muß [...].

Wenn das also nicht eine Möglichkeit hat, daß wir das irgendwie ausdrücken können, daß wir das, was weiß ich, hinausweinen, hinausschreien können, bleibt das eine Bombe, die in uns tickt. Und

das wird sich rächen, wenn wir uns nach dem ersten Wohlstandsrausch die Frage stellen werden: Ja, und nun? War es das, sind wir jetzt glücklicher und zufriedener? Dann, denke ich, wird sich diese aufgestaute destruktive Energie anfangen zu entladen, und dann könnte durchaus passieren, daß das große Deutschland neue Ziele sucht, neue Feinde braucht, um den wahnsinnigen unausgelebten sozialen Druck irgendwohin zu richten.“

Die Desillusionierung beim „Ankommen“ in der immer unsozialer werdenden Marktwirtschaft hat dann nach 1995 freigelegt, was zuvor durch den „verordneten“ und verinnerlichten Antifaschismus niedergehalten wurde – der das Gewaltpotential nicht hatte ausheilen können. Der Anspruch der DDR-Führung, faschistisches Gedankengut komplett eliminiert zu haben, entsprach zu keinem Zeitpunkt der Realität. Doch erst als – eine beachtenswerte Parallele zu unserer gegenwärtigen Situation! – in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Unzufriedenheit mit dem DDR-System wuchs, schwollen auch die „rechten“ Aktivitäten an, ohne freilich je eine Intensität anzunehmen, wie sie heute zu unserem Alltag gehört. Bezüglich „rechter“ Einstellungen musste das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung 1988 **zugestehen** (<http://www.bpb.de/apuz/25910/ist-der-rechtsextremismus-im-osten-ein-produkt-der-autoritaeren-ddr?p=all#footnodeid15-15>):

„Die Aussage, ‚Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten‘, wurde von jedem achten 14- bis 18-jährigen DDR-Jugendlichen zustimmend beantwortet.“

Diese Analyse wurde ebenso geheim gehalten wie die Erkenntnis der Staatsicherheit, dass das „rechte“ Milieu zu dieser Zeit mehr als 15.000, oftmals gewalttätige Personen **umfasste** (<http://www.zeit.de/2012/08/DDR-Nazis>) also etwa 0,09 Prozent der DDR-Bevölkerung. (15)

Halten wir aber fest: Selbst ein „verordneter Antifaschismus“ war

offensichtlich ein wirksameres Mittel gegen Rechtsextremismus als das für die Nachkriegs-BRD typische klammheimliche bis

halboffizielle **Anknüpfen an NS-Traditionen**

(<http://www.geschichte-lernen.net/aera-adenauer-umgang-ns-vergangenheit/>).

Ins Positive gewendet: Wenn unser jetziges System bereit wäre, über seinen neoliberalen Schatten zu springen, lägen hier Ressourcen. Klare „Verordnungen“ der Führenden gegen faschistoide Tendenzen und entsprechendes Handeln könnten einiges bewirken – trotz der autoritären Strukturen: Wer sich wünscht, einer Obrigkeit zu folgen, käme dadurch zumindest in Konflikt mit seiner Fremdenfeindlichkeit.

Und: Die zitierten Vergleichszahlen widerlegen nicht nur die heute von diversen Medien sorgsam gepflegte Legende, das DDR-System habe die Herausbildung „rechten“ Potentials gleichermaßen begünstigt wie das BRD-System oder dieses Potential sogar in noch stärkerem Maße **erschaffen**

(<http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/nsu-neonazi/rechtsextremismus-im-osten-das-braune-erbe-der-ddr-a-876724>).

Sie konterkarieren auch die offenbar gängige Bagatellisierung, Rechtsextremismus sei eine „normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften“. (16)

Dass die DDR zu den modernen Industriegesellschaften zählte, ist ein Fakt. Dennoch war ihr, 1949 mit derselben geschichtlichen Altlast startend wie die BRD, möglich, rechtsextreme Einstellungen im Vergleich zu Letzterer deutlich zu lindern. Und das, obwohl die DDR politisch autoritärer strukturiert war als die BRD im selben Zeitraum. Andere Faktoren scheinen das kompensiert zu haben. Welche das waren, das lässt sich zumindest erahnen.

Zum einen wurde – während die Verbrechen des Stalinismus bis zum Ende der DDR tabuisiert blieben – der staatlich verankerte Antifaschismus durch offensive Geschichtsvermittlung gestützt. NS-Verbrechen, bei denen freilich die Opfer unter den Kommunisten

überproportional hervorgehoben wurden, waren präsent in Belletristik, Theater, Kino, Fernsehen, Radio und Druckmedien, im Schulunterricht sowieso. Auch Besuche ehemaliger Konzentrationslager gehörten hier zum Pflichtprogramm. Die gegenüber kapitalistischen Gesellschaften weitaus stärkere materielle Grundsicherung im Osten Deutschlands, zu Teilen auch die – allerdings oftmals aufgezwungene – soziale Eingebundenheit dürften „rechten“ Einstellungen ebenfalls entgegengewirkt haben. Hinzu kam das im Vergleich zum heutigen Deutschland nahezu verschwindend geringe Einkommensgefälle, der größere Emanzipationsgrad der Frauen, sicherlich auch das Ausmaß an staatlicher Kontrolle sowie an Ächtung und Bestrafung, das bei „rechten“ Aktionen drohte. Bereits 1964 war in der DDR zudem die Verjährung von NS- und Kriegsverbrechen grundsätzlich aufgehoben **worden** (<http://www.verfassungen.de/de/ddr/verjaehrungnaziverbrechen64.htm>). In der BRD wurde erst 1979 beschlossen, dass Mord nicht mehr verjährt – womit zugleich NS-Morde weiterhin verfolgt werden **konnten** (<https://de.wikipedia.org/wiki/Verj%C3%A4hrungsdebatte>). Letzteres geschah hier jedoch vor wie nach 1979 nur **spärlich** (<http://www.michael-greve.de/strafen.htm>) (17).

Auch wenn es nicht darum gehen kann, den Umgang der DDR mit dem Problem des Rechtsextremismus zu kopieren: Ihn genauer zu betrachten, lohnt also allemal.

Der DDR-BRD-Vergleich liefert zudem den Beweis, dass die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen von den Lebensbedingungen und Normen abhängt, die eine Gesellschaft anbietet. Das heißt, dass es sehr wohl möglich ist, diese Ausprägung zu reduzieren und dass es keineswegs aussichtslos ist, sie gänzlich zum Verschwinden bringen zu wollen.

Doch was können wir, jede und jeder Einzelne von uns, dazu

beitragen?

Quellen und Anmerkungen:

- (1) Reich, Wilhelm (1986) [1971]: Die Massenpsychologie des Faschismus, Köln: Kiepenheuer und Witsch, S. 11.
- (2) Wohlleben, Peter (2015): Das geheime Leben der Bäume. Was sie fühlen, wie sie kommunizieren – die Entdeckung einer verborgenen Welt, Ludwig: München.
- (3) Reich 1986 (wie Anm. 1), S. 26.
- (4) Ebd., S. 13.
- (5) Für Spanien und Portugal wäre dringend zu erforschen, welche Faktoren dem – noch? – entgegenstehen. Einige Fakten dazu habe ich dargestellt in Peglau, Andreas 2017: Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ als Erklärungsansatz, Berlin: NORA, S. 152ff.

- (6) Dahn, Daniela (2009): Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 165–186.
- (7) Bröckers, Mathias/Schreyer, Paul (2014): Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren, Frankfurt a.M.: Westend; Strutynski, Peter (Hg.) (2014): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen, Köln: PapyRossa.
- (8) Schon im April 2016 war klar: „Jeder dritte Deutsche lehnt TTIP inzwischen ab und nur weniger als ein Fünftel hält das Projekt für gut“. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/21/umfrage-massive-ablehnung-von-ttip-in-deutschland/> (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/21/umfrage-massive-ablehnung-von-ttip-in-deutschland/>)
- (9) Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-

Ebert-Stiftung, S. 62f.

(10) Ebd., S. 63.

(11) Ebd..

(12) Ebd., S. 63.f.

(13) Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016):
Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme
Einstellungen in Deutschland 2016, hg. von Melzer, Ralf, Bonn:
Dietz, S. 130.

(14) Stöss 2010 (wie Anm 9), S. 64.

(15) Die DDR-Bevölkerung umfasst 1988 etwa 16,5 Millionen
Menschen.

[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249217/umfrage/
/bevoelkerung-der-ddr/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249217/umfrage/bevoelkerung-der-ddr/)

[\(https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249217/umfrage/
bevoelkerung-der-ddr/\)](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249217/umfrage/bevoelkerung-der-ddr/)

(16) Stöss 2010 (wie Anm 9), S. 49.

(17) Dazu, welchen Einschränkungen auch in der DDR eine
konsequente Verfolgung von NS-Straftätern unterlag, wenn sie mit
der Aufrechterhaltung des erwünschten staatlichen Images
kollidierte oder wenn diese Täter zu geheimdienstlichen Zwecken
verwendbar schienen, siehe Leide, Henry (2005): NS-Verbrecher
und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR,
Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht.

Redaktioneller Hinweis:

Vor einem Wiedererstarken des Faschismus hat bereits Bertolt
Brecht gewarnt: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“
Aber was ist dieser „Schoß“?

Die bemerkenswerten Antworten, die der „linke“ Psychoanalytiker

Wilhelm Reich (1897-1957) auf diese Frage gab, werden bis heute fast durchgängig ignoriert, auch in Politik, Faschismus- und Rechtsextremismusforschung. Das ist bitter, weil Reich es anders verdient hätte. Wichtiger ist jedoch: Ohne diese Antworten endlich ebenfalls zu berücksichtigen, dürfte es weder eine Chance geben, die internationale „braune Renaissance“ zu verstehen noch ihr wirkungsvoll entgegenzutreten.

Das im Juli 2017 erschienene neue Buch des Psychologen und Psychotherapeuten Andreas Peglau verbindet knappe biografische Informationen zu Reich und zu seiner 1933 erschienenen „Massenpsychologie des Faschismus“ mit Antworten auf Fragen wie

- Was war bzw. ist die wichtigste psychosoziale Basis politischer „Rechts“-Entwicklungen – früher und heute?
- Welche Auswirkungen hat autoritär-entfremdende Sozialisierung für das Zustandekommen von Destruktion, Rassismus und Krieg?
- Welche Rolle spielen psychische Faktoren für das Aufrechterhalten patriarchalisch-kapitalistisch-neoliberalen Systeme und für das mögliche Revolutionieren dieser Systeme?
- Welche Menschen- und Weltbilder können uns als Voraussetzung zum konstruktiven Handeln dienen?

Es kann direkt beim Verlag **bestellt**

https://shop.strato.de/epages/187541.sf/de_DE/?

[ObjectPath=/Shops/187541/Products/4282](https://shop.strato.de/epages/187541.sf/de_DE/?ObjectPath=/Shops/187541/Products/4282)) oder hier kostenlos

heruntergeladen (http://andreas-peglau-psychoanalyse.de/wp-content/uploads/2014/09/Peglau_Rechtsruck_12.7.17.pdf)

werden.

Andreas Peglau: Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz, Nora-Verlag Berlin, 174 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-86557-428-2.

Andreas Peglau

RECHTS RUCK

IM 21. JAHRHUNDERT

WILHELM REICHS
MASSENPSYCHOLOGIE
DES FASCHISMUS
ALS ERKLÄRUNGSANSATZ

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Andreas Peglau, Jahrgang 1957, ist Dr. rer. medic., Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut und Psychoanalytiker in eigener Praxis in Berlin. Von 1985 bis 1991 war er als Redakteur im DDR-Rundfunksender Jugendradio DT 64 unter anderem für Lebenshilfesendungen zuständig. 1990 gründete er mit anderen die Gemeinschaft zur Förderung der Psychoanalyse e.V. Im Juli 2017 erschien sein Buch „Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz“. Weitere Informationen unter <http://andreas-peglau-psychoanalyse.de> (<http://andreas-peglau-psychoanalyse.de>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.